



# Berliner Kreis Aktuell

09/2022

## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde und Unterstützer,

Deutschland ist in einem besorgniserregenden Zustand. Eine hohe Inflation bringt die Sparer an die Grenze der Belastbarkeit, der SPD-Bundeskanzler Olaf Scholz verstrickt sich in einem Skandal nach dem anderen, und zur Krönung des Ganzen drohen massive Energieversorgungsprobleme, die durch die planwirtschaftliche Energiewende maßgeblich verursacht wurden.

Doch nicht nur die tagespolitischen Entwicklungen sind besorgniserregend. Seit langem schon werden viele Aufgaben, die eigentlich Staatssache sind, an Stiftungen ausgelagert, deren Kontrolle nur unzureichend möglich ist und die dem Steuerzahler eine Menge Geld kosten. Längst hat sich das Stiftungswesen zu einer einträglichen Einkommensquelle besonders für diejenigen entwickelt, die gar nicht daran denken, wertschöpfend tätig zu sein. So verwundert es nicht, dass vor allem die linken Parteien eine Stiftung nach der anderen aus dem Boden stampfen und diese dann wiederum die gängigen linken

Programmatiken fördern. Gestützt auf staatliche Fördergelder entstand dann schließlich auch die Asylindustrie, die nach wie vor an einem nicht enden wollenden Strom an illegal einreisenden Migranten gedeiht. Es ist wichtig, dass wir als Berliner Kreis alle relevanten Themen konsequent ansprechen.

Damit machen wir uns natürlich nicht beliebt, und die linke Blase versucht auch gern mal zurückzuschlagen. Beispiel: Fridays for Future, deren Kampf für Klimaschutz inzwischen zu einem totalitären woken Kult um die Zeitgeistthemen Antikolonialismus und Antirassismus geworden ist.

In einem Video, welches von FFF während des Bundestagswahlkampfes veröffentlicht wurde, versuchte FFF unsere Jugendlichen extrem zu beeinflussen und schreckte sogar vor Lügen nicht zurück, um sie davon abzuhalten, CDU zu wählen. Gut, dass das Landgericht Düsseldorf geurteilt hat, dass das Video in dieser verleumderischen Form aus dem Netz zu nehmen ist. Ich hoffe, dass unsere Jugend solchen dreisten Lügen auch in Zukunft nicht auf den Leim geht und immer eine Quelle als Beweis anfordert. Natürlich habe ich nie

behauptet, Trump habe recht mit seiner Einschätzung, der Klimawandel sei eine Erfindung der Chinesen. Ich bezweifle, dass Trump jemals einen solchen Unsinn erzählt hat. Mir so etwas zu unterstellen, war schlicht demagogisch. Besonderer Dank gilt dem Förderverein des Berliner Kreises, der hier helfen konnte, uns zur Gerechtigkeit gegen diese Verleumdung zu verhelfen.

Mit besten Grüßen

# INHALTSVERZEICHNIS

## S.3 **Michael von Abercron**

Die Irrungen und Wirrungen eines Ministers Klabauterbach

## S. 5 **Hans-Georg Maaßen**

Aufenthaltsrecht für alle!

## S. 7 **Hans-Jürgen Irmer**

Plädoyer für Kernenergie: CO<sub>2</sub>-frei – bezahlbar – verfügbar – unabhängig

## S. 10 **Sylvia Pantel**

Wie die Ampel gegen die klassische Familie arbeitet

## S.11 Mitteilung des **VEREINS ZUR FÖRDERUNG DER ARBEIT DES BERLINER KREISES E. V.**

## S.14 Darum haben wir den Berliner Kreis gegründet

# Die Irrungen und Wirrungen eines Ministers Klabauterbach

Michael von Abercron

Obwohl unser Gesundheitssystem einer riesigen Dauerbaustelle gleicht, dessen Finanzierung auf tönernen Füßen steht, scheint unser Bundesgesundheitsminister nur ein Thema zu kennen und das heißt immer noch und nur noch Corona. Bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit wird er nicht müde, vor den Gefahren einer neuen Coronawelle zu warnen, die uns spätestens im Herbst und Winter heimsuchen könnte. Dabei irritiert er immer wieder durch Aussagen, die er Tage später ändern oder neu auslegen muss. Die Presse nennt ihn inzwischen Professor "Wirrwarrr"!

Angesichts dieser Art der Kommunikation, indem er gerade zu begierig jede vermeintlich alarmierende Meldung über Corona zu suchen scheint, um sie zu kommentieren und zu verbreiten, vernachlässigt er andere Herausforderungen seines Ministeriums völlig. Dabei kommt immer mehr die Frage auf, was die Ursachen dieser Einseitigkeit sind. Man könnte zu dem Schluss kommen, dass der Minister selbst, der nicht nur nach diversen Impfungen an Corona erkrankte, auch wegen dieser Verhaltensauffälligkeiten für sich fachärztlichen Rat einholen sollte!

In dieser Situation steht er für den Entwurf eines neuen Infektionsschutzgesetzes, das auch für Teile des FDP-Koalitionspartners so nicht zustimmungsfähig ist. Dabei geht es nicht nur um das verpflichtende Tragen von Masken in Innenräumen, sondern auch um eine vierte Impfung. Sie soll dann vorgesehen sein, wenn die letzte Impfung älter ist als drei Monate und soll

damit den Zutritt zu bestimmten Innenräumen wie z. B. Gaststätten ohne Maske möglich machen! Welcher Impfstoff dafür zur Verfügung steht bzw. vorgesehen ist, bleibt bisher völlig unklar! Bekannt ist nur, dass neuer Impfstoff im Wert von 850 Mio.€ geordert wurde. Dazu sind zwei neue Impfstoffe vorgesehen. Zum einen handelt es sich um ein auf die Omikron-Varianten abgestimmtes Vakzin und zum anderen um einen bivalenten Impfstoff, der sowohl auf die Omikron- als auch auf die ursprünglichen Corona-Varianten abzielt.

Daran wird deutlich, dass eine neue Impfkampagne vor dem Dilemma steht, dass bislang niemand genau weiß, ob weitere Impfungen überhaupt gegen neue Virusvarianten etwas ausrichten können. Zudem gibt es auch fachliche Bedenken, dass immer neue Impfungen die Immunantwort abschwächen können. Während die SIKO eine Impfung erst für 70-jährige in Betracht zieht, ist für den Minister ein Alter von 60 Jahren besser und korrigiert damit seine eigene Impfkommision. Damit nicht genug! Anschließend fordert er noch eine Empfehlung für alle Altersgruppen! Jenseits dieser haarsträubenden Widersprüche bleiben aber grundlegende Fragen offen. Wie steht es eigentlich um die Zulassung und Sicherheit neuer Impfstoffe in so kurzer Zeit, wenn selbst die bisher eingesetzten Präparate doch noch nicht einmal über eine endgültige Zulassung verfügen? Für den Minister wohl keine Frage, Hauptsache impfen, scheinbar egal was!

Es ist richtig, dass das Bundesgesundheitsministerium sich bei Corona auch in Zukunft auf alle möglichen Szenarien einstellen muss. Dazu gehört aber zuallererst eine genaue Auswertung der bisher durchgeführten Maßnahmen sowie auch eine präzise Aufarbeitung der bisherigen Impfungen, bezüglich ihrer Wirkungsdauer und der Immunantwort bei weiteren Wiederholungen. Ebenso dringend wäre eine unvoreingenommene Bewertung von Impfschäden, die bisher bei uns nur ungenügend erfasst und aus nahen liegenden Gründen durch die Behörden nur sehr zögerlich

veröffentlicht werden, weil dies Impfkritikern in die Hände spielen könnte. Immer wieder gibt es aber Berichte von Schäden, die als solche nicht anerkannt wurden, was möglicherweise an der viel zu bürokratischen Erhebung und einer unscharfen Definition des Begriffs „Impfschaden“ liegen könnte. Auch hier gibt es dringenden Handlungsbedarf, denn die Palette der Schäden scheint vielfältig und reicht von Fällen einer Nesselsucht bis zu gefährlichen Herzmuskelentzündungen.

Ebenso fehlt bis heute eine intensive Aufarbeitung der gravierenden Folgen für Kinder und Jugendliche, die besonders durch die Schulschließungen oder die Maskenpflicht sehr schwer betroffen waren, obwohl sie eben nicht zu der vulnerablen Gruppe gehören. Auch hier gibt sich der Entwurf des neuen Infektionsschutzgesetzes vage, der auch in Schulen wieder eine Maskenpflicht ermöglicht und den Ländern so viele

Kompetenzen einräumt, dass die Regeln im Bundesgebiet zu einem Flickenteppich ausarten können.

Es ist absolut nicht nachvollziehbar und völlig inakzeptabel, dass diese Bundesregierung keinerlei Interesse zeigt, dass eben diese Folgen der Maßnahmen konsequent aufgearbeitet werden. Denn, um für neue Herausforderungen durch eine weitere Corona-Welle gerüstet zu sein, reicht es eben nicht, Ängste zu streuen und auf Verdacht Impfstoffe zu bestellen. Es ist vielmehr dringend erforderlich, auf Basis einer soliden und unvoreingenommenen Auswertung der Erfahrungen die richtigen Schlüsse zu ziehen. Nur so lässt sich im Falle neuer Herausforderungen die Akzeptanz notwendiger Maßnahmen erhöhen!

Es sollte nicht verkannt werden, dass das Thema Corona nicht nur zu einer erheblichen politischen Polarisierung beigetragen, sondern auch durch die vielen Fehler und Irrtümer die Glaubwürdigkeit von Politik aber auch einzelnen Wissenschaftlern erheblich belastet hat. Man muss keine Umfragen in Auftrag geben, um festzustellen, dass die Bevölkerung die Corona-Maßnahmen deutlich kritischer sieht. Denn fast jeder von uns hat inzwischen eine Infektion mit oder ohne Impfung und trotz aller Maßnahmen hinter sich gebracht!

Ein hysterischer Minister wird Infektionen für die Zukunft schon gar nicht verhindern können! Es wäre aber umso dringender, dass sich diese Bundesregierung auch um die anderen wirklich drängenden Fragen bei Gesundheit und Pflege kümmern würde. Der jetzige Minister ist dieser Aufgabe aber ganz offensichtlich nicht gewachsen!



*Michael von Abercron, ehem.  
Bundestagsabgeordneter aus Pinneberg.*

# Aufenthaltsrecht für alle!

Hans-Georg Maaßen

Immer dann, wenn die Zahl der illegalen Ausländer in Deutschland zu groß wurde, weil sich die verantwortlichen Politiker nicht um die Abschiebung kümmerten oder weil die Abschiebungen wegen restriktiver Vorschriften nicht möglich wurden, kamen sie in der Vergangenheit auf die Idee, den Aufenthalt dieser Personen zu legalisieren. Sie nannten das Altfallregelung, Bleiberechtsregelung oder Härtefallregelung. Dadurch wurde die Zahlenbilanz frisiert, und sie wurden das unangenehme Thema los, ohne das eigentliche Problem, dass die Leute nicht freiwillig Deutschland verlassen, lösen zu müssen. Wäre es nicht schön, wenn das auch in anderen Rechtsgebieten möglich wäre? Zum Beispiel eine Art Amnestie für Leute, die jahrelang vorsätzlich keine Steuern zahlten?

Am 6. Juli hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Einführung eines „Chancen-Aufenthaltsrechts“ beschlossen. Der Gesetzentwurf wird nach der Sommerpause im Parlament beraten werden. Dieses „Chancen-Aufenthaltsrecht“ greift die Idee einer Altfallregelung auf, geht aber wesentlich weiter. Innenministerin Nancy Faeser erklärte dazu: „Mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht schaffen wir einen Perspektivwechsel. Wir wollen, dass Menschen, die gut integriert sind, auch gute Chancen in unserem Land haben.“ Von dieser Regelung könnten rund 137.000 der 242.000 geduldeten Ausländer erfasst werden.

Werfen wir einmal einen Blick in den Gesetzentwurf der Bundesregierung. Nach dem „Chancen-Aufenthaltsrecht“ in § 104c des Aufenthaltsgesetzes soll geduldeten Ausländern eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden,

wenn sie sich am 1. Januar 2022 seit fünf Jahren ununterbrochen geduldet, gestattet oder mit einer Aufenthaltserlaubnis in Deutschland aufgehalten haben. Der Ausdruck „soll ... erteilt werden“ bedeutet in der Rechtssprache, dass ein Aufenthaltstitel grundsätzlich erteilt werden muss, wenn er beantragt wird und die Erteilungsvoraussetzungen vorliegen. Geduldete Ausländer sind solche, die sich eigentlich illegal in Deutschland aufhalten, die aber nicht abgeschoben werden können, weil sie zum Beispiel ihre Reisepässe vernichtet haben, über ihre Identität täuschten, der Heimatstaat sich weigert, sie zurückzunehmen, keine Reiseverbindungen bestehen oder sie wegen Krankheit oder anderen persönlichen Gründen nicht abgeschoben werden können. Hierbei handelt es sich in Masse um abgelehnte Asylbewerber. Kurzum: diese Leute müssen nach einem langen Asylverfahren und ausländerrechtlichen Verfahren Deutschland verlassen, tun es aber nicht.

Nach dem Gesetzentwurf sollen sie nach fünf Jahren einen sicheren Aufenthaltstitel erhalten, wobei die Zeiten für das Asylverfahren (gestatteter Aufenthalt) anzurechnen sind. Da das Asylverfahren in Deutschland derzeit locker knapp vier Jahre dauert (derzeit durchschnittlich 7,0 Monate Verwaltungsverfahren, 27,5 Monate erstinstanzliches und 11,1 Monate zweitinstanzliches Verfahren in Berlin), kann der abgelehnte Asylbewerber nahezu unmittelbar nach dem langen Asylverfahren seine „Chancen-Aufenthalts-erlaubnis“ abholen, ohne dass die deutschen Behörden überhaupt versuchen konnten, ihn abzuschieben. Im Unterschied zu anderen Ausländer-

gruppen soll die „Chancen-Aufenthalts-erlaubnis“ an Geduldete auch dann erteilt werden, wenn bestimmte allgemeine Erteilungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind. So kann die „Chancen-Aufenthalts-erlaubnis“ auch erteilt werden, wenn der Ausländer von Sozialleistungen lebt und er über seine Identität getäuscht hat. Strafrechtliche Verurteilungen bis zu 90 Tagessätzen (gleich drei Monaten) stehen dem Chancen-Aufenthaltsrecht nicht entgegen. Auch kommt es nicht auf deutsche Sprachkenntnisse an. Ein geduldeter Ausländer ist also nach Auffassung der Innenministerin und der Bundesregierung schon dann „gut integriert“, wenn er kein Deutsch spricht, von Sozialleistungen abhängig ist, Straftaten begangen hat und über seine Identität und die Asylgründe getäuscht hat. Ein bemerkenswertes Verständnis von guter Integration.

Das Chancen-Aufenthaltsrecht wird für ein Jahr erteilt. Anschließend soll das Aufenthaltsrecht nach § 25b (Aufenthaltsrecht bei nachhaltiger Integration) gewährt werden. Damit wird der Aufenthalt dauerhaft legalisiert. Das gesamte Asylverfahren wird damit zur Farce. Egal wie das Asylverfahren ausgegangen ist und ob es überhaupt beendet wird, der Ausländer kann hierbleiben.

Die Erleichterung der illegalen Einwanderung nach Deutschland, die Verhinderung von Abschiebungen und die massenhafte Legalisierung des Aufenthalts von geduldeten Ausländern ist seit vielen Jahren eine Herzensangelegenheit der politischen Linken von SPD, Grünen und SED/Die Linke.

Es geht dabei nicht um Humanität oder um den Schutz von Menschenrechten. Die Leute, um die es hier geht, bedürfen unseres Schutzes nicht und sind durch das feinmaschige Netz des Asylverfahrens gefallen, weil sie nicht verfolgt wurden, weil sie über ihre Identität und die Asylgründe getäuscht und gelogen hatten. Humanität ist für die politische Linke immer nur Vorwand. Ihr geht es um die Destabilisierung der bürgerlichen Gesellschaft und um ein neues sozialistisches Staatswesen. Für die politische Linke, die Migranten und die Asylindustrie ist es eine Win-Win-Win-Situation. Die politische Linke kommt mit der massenhaften Migration ihrem Ziel, die verhasste bürgerliche Gesellschaft des Grundgesetzes umzugestalten, wieder einen Schritt näher, die Migranten erhalten den Aufenthaltstitel und die Asylindustrie verdient sich reich.

Der nächste Schritt der politischen Linken wird die weitere Auflösung des Staatsangehörigkeitsrechts sein. Nach dem Koalitionsvertrag soll das Staatsangehörigkeitsrecht so geändert werden, dass ein Anspruch Einbürgerung nach fünf Jahren und bei „besonderen Integrationsleistungen“ bereits nach drei Jahren besteht. Dabei soll die mehrfache Staatsangehörigkeit grundsätzlich hingenommen werden. Da wir nun wissen, wer sich für ein „Chancen-Aufenthaltsrecht“ nach dem Verständnis der linken Bundesregierung „gut integriert“ hat, können wir auch den Maßstab der Regierung für besondere Integrationsleistungen errahnen. Ein fließender Übergang von der illegalen Einwanderung in die deutsche Staatsangehörigkeit bei Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeiten. Dann haben wir fast das, was die fanatischen Linken schon früh forderten: Jeder der ins Land kommt, soll Deutscher sein. Wenn Sie glauben, dass das eine naive Ausländer- und Einbürgerungs-

politik ist, dann täuschen Sie sich. Das Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrechts ist nur ein Mittel, um den verhassten bürgerlichen Staat des Grundgesetzes in ihrem Sinn umzubauen.



*Hans-Georg Maaßen, ehem. Präsident  
des Bundesverfassungsschutzes*

# Plädoyer für Kernenergie CO<sub>2</sub>-frei - bezahlbar - verfügbar - unabhängig

Hans-Jürgen Irmer

Es war ein historischer Fehler, im Jahr 2011 aus emotionalen Gründen zu entscheiden, dass Deutschland aus der Kernenergie aussteigen soll. Anlass war der Tsunami in Japan, bei dem es fast in Fukushima zur Kernschmelze gekommen wäre, was allerdings vor Ort dank des Einsatzes der Experten verhindert werden konnte. Ca. 20.000 Menschen kamen durch die Flutwelle ums Leben, keiner verstarb allerdings an den Folgen des Reaktorunfalls. Die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel bediente damit zwar den Zeitgeist und die Medien. Alle waren geschockt von diesem Ereignis, das in Europa nicht stattfinden kann. Bei Abschaltung der Kernkraftwerke muss man die nicht mehr erzeugte Energie in anderer Form erzeugen. Kohlekraftwerke feierten fröhliche Urstände, erste Gaskraftwerke wurden gebaut. Wenige Jahre später beschloss man aus Klimagründen auch den Kohleausstieg in Deutschland, am besten schon im Jahr 2035, ganz Mutige waren der Auffassung, dies schon im Jahr 2030 zu tun. Mit dieser sukzessiven Reduktion der Energie aus Kohlekraftwerken stieg natürlich der notwendige Anteil an Kraftwerken, die partiell noch zu bauen sind, an. In Deutschland glaubte man, die benötigte Energie aus Wind, Sonne und Biomasse und Pumpspeicherkraftwerken erzeugen zu können. Niemand hat etwas gegen Solarenergie oder Windenergie durch Windkraftanlagen, dort, wo sie passen und tatsächlich Strom erzeugen können. Das entscheidende Problem ist, scheint keine Sonne, weht kein Wind, wird kein Strom erzeugt. Ob man 1000 Windkraftanlagen aufstellt oder 5000 ist dann völlig egal.

Die Grundproblematik: Es fehlen 20.000 Kilometer Stromtrassen, und es fehlen vor allen Dingen die Speicher, die notwendig wären, um die Grundlast abzusichern, das heißt, sicherzustellen, dass Wirtschaft, Industrie, Handel und Privathaushalte, Krankenhäuser und anderes mehr jederzeit verfügbaren Strom haben.

In gleichem Maße, wie die herkömmlichen Energiearten reduziert, die Erneuerbaren ausgebaut wurden, mehr Gas benötigt wurde, stiegen die Strompreise und auch schon vor dem Ukraine-Krieg die Gaspreise. Eine logische Konsequenz. Wenn ich ein Gut einerseits verknappe, steigt andererseits der Preis. Ergebnis: Es gibt kein Land in Europa, das so hohe Energiekosten hat wie Deutschland.

## Kernenergie ist die Lösung

In Deutschland haben einige Aktivisten bis heute nicht begriffen, dass mit dieser fast schon totalitär zu nennenden Ideologie, nämlich ausschließlich auf Sonne und Wind zu setzen, keine Industrienation überleben kann. Die Preise werden weiter explodieren, Arbeitsplätze verloren gehen. In Europa ist man da deutlich weiter. Die EU-Kommission hat bereits im November 2018 erklärt, dass zur Erreichung der Klimaziele von Paris neben Erneuerbarer Energien wie Wind, Sonne, Wasser und Biomasse „Atomkraftwerke oder fossile Kraftwerke mit Technologien zur Abscheidung und Lagerung von Kohlendioxid“ zwingend notwendig sind. Die Internationale Atomenergiebehörde

hat öffentlich deutlich gemacht, dass die Kernenergie beim Klimawandel Teil der Lösung ist, denn ohne Kernenergie würde sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß vervierfachen. Auch der zuständige EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton hat vor wenigen Monaten öffentlich erklärt: „Dass die EU ohne Atomstrom CO<sub>2</sub>-neutral werden kann, ist eine Lüge.“ Und die OECD hat im April dieses Jahres den deutschen Atomausstieg aus ökologischen Gründen bedauert, in der FAZ nachzulesen.

## Was machen die EU-Staaten?

### Belgien:

Der Atomausstieg war eigentlich für 2025 beschlossen. Er wird jetzt bis mindestens 2035 verlängert, da derzeit ca. 40 Prozent des belgischen Stroms durch AKWs erzeugt werden. **Estland** Estland deckt derzeit 55 Prozent des Energiebedarfs aus Kohle, ökologisch problematisch. Deshalb sind 68 Prozent der Bürger dort für die Einführung der Kernkraft.

### Finnland

In Finnland ist aktuell ein Reaktor ans Netz gegangen. Und erstaunlich für Finnland, die Grünen dort haben öffentlich erklärt, dass die Kernkraft ein zentraler Baustein für die CO<sub>2</sub>-Neutralität sei.

### Frankreich

Es gibt in Frankreich etwa 50 Kernkraftwerke, die für 70 Prozent des erzeugten Stroms verantwortlich sind. Frankreichs Präsident Macron hat aktuell



ein Investitionsprogramm in Höhe von 30 Milliarden Euro angekündigt, um weitere kleinere Kernkraftwerke zu bauen.

### **Großbritannien**

Die britische Regierung hat aktuell in Suffolk ein Kraftwerk mit zwei Reaktoren genehmigt. Sechs weitere sind geplant.

### **Niederlande**

Ein Kernkraftwerk ist aktuell in Betrieb. Zwei neue sollen gebaut werden mit der Maßgabe, dass nur so das Klima positiv beeinflusst werden kann.

### **Polen**

Polen plant aktuell vier Kernkraftwerke, die bis 2030 ans Netz gehen sollen. Zwei weitere bis 2043 sind angedacht.

### **Schweden**

Schweden hat den beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie zurückgenommen und aktuell ein von Vattenfall gebautes Kernkraftwerk zur Energieerzeugung angemietet.

### **Spanien**

Spanien hat sechs Kernkraftwerke mit insgesamt acht Reaktoren, die auch im Gegensatz zu ursprünglichen Planungen weiter betrieben werden sollen.

### **Tschechien**

Der Anteil des Kernkraftstroms ist in Tschechien von einem Drittel auf 50 Prozent gesteigert worden. Sechs Anlagen gibt es derzeit, eine weitere ist geplant. Der tschechische Präsident hat Deutschland großzügigerweise angeboten, Kernkraftstrom liefern zu wollen, wenn es wegen der Energiewende in Deutschland zu Strommangel kommen werde.

### **Ungarn**

Der russische Atomkonzern Rosatom hat den Auftrag erhalten, zwei Kernkraftwerke zu bauen.

## **Der Blick in die Welt**

### **USA**

In den USA ist gerade großflächig die Betriebslaufzeit der Kernkraftwerke von 60 Jahre auf 80 Jahre verlängert worden. Argentinien lässt derzeit zwei Reaktoren von China bauen.

China selbst hat etwa 50 Kernreaktorblöcke in Betrieb, die im Schnitt 8,3 Jahre alt sind. Zurzeit sind zwölf Kernkraftwerke im Bau. Ziel sei es, bis 2060 klimaneutral zu werden. Das gehe aber nur mit Kernkraft. Derzeit emittiert China als weltweit größter CO<sub>2</sub>-Produzent 12 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich von insgesamt 36 Milliarden Tonnen menschengemachten CO<sub>2</sub>.

Indien hat aktuell sechs Kraftwerke im Bau. 22 weitere sind geplant. Nach dem Fukushima-Schock ging in Japan der Anteil der Kernenergie deutlich zurück. Ziel ist es jetzt, durch neue Kraftwerke den Energiebedarf durch Kernkraft bis zum Jahr 2030 auf über 20 Prozent zu steigern.

### **Deutschland**

#### **Bürger intelligenter als so mancher Politiker**

Mittlerweile sind in Deutschland deutlich über 50 Prozent der Bürger dafür, dass die noch verbliebenen drei Kernkraftwerke, die eigentlich am Jahresende abgeschaltet werden sollten, weiterlaufen. Viele sagen, dass es auch richtig wäre, die drei Ende letzten Jahres abgeschalteten ebenfalls erneut an das Netz zu geben, wohlwissend, dass das alles nicht ganz einfach ist. Wenn die drei Kernkraftwerke in diesem Jahr, neben den drei aus dem letzten Jahr, abgeschaltet werden, bedeutet das im Übrigen eine zusätzliche CO<sub>2</sub>-Belastung in Deutschland von 45 Millionen Tonnen pro Jahr. Ob das sinnvoll ist, kann man sicherlich in Frage stellen. Im Übrigen hatten diese sechs Meiler einen Anteil

von 12 Prozent an der Stromerzeugung im letzten Jahr. Die drei in diesem Jahr versorgen rund 10 Millionen Haushalte, die man ansonsten nach Abschaltung anderweitig versorgen müsste.

Je mehr Kernkraftstrom, desto weniger Verstromung ist aus Gaskraftwerken notwendig, und deshalb braucht man entsprechend weniger Gas, egal, woher es kommt. Aktuell reduziert das die Abhängigkeit von russischem Gas. Ein lohnenswertes Ziel.

#### **Merkwürdige Habeck-Prüfung**

Die Diskussion ist gerade in den letzten Monaten neu aufgeflammt. Bundeswirtschaftsminister Habeck (Grüne) hat am 7.3.2022 erklärt, dass nach Prüfung (!) eine Laufzeitverlängerung der drei bestehenden Blöcke nicht zu empfehlen sei. Zu dieser Prüfung könnte man sicherlich auch „Katzenwäsche“ sagen. Eine seriöse Prüfung sieht anders aus. Man könnte auch formulieren, es war ein bestelltes Gutachten. Es gibt namhafte Wissenschaftler, die deutlich machen, dass natürlich das Ganze technisch machbar und ökonomisch und ökologisch sinnvoll sei.

#### **Ideologie statt Verstand**

Man darf gespannt sein, wie angesichts steigender Preise die politische Debatte in Deutschland weitergeht. Deutschland wollte noch im Januar dieses Jahres den EU-Plan stoppen, Kernkraft als nachhaltig (!) einzustufen. Bundeskanzler Scholz (SPD) erklärte noch im Januar, dass Atomkraft nicht nachhaltig sei, und auch Umweltministerin Lemke (Grüne) kämpfte gegen die EU-Einstufung als nachhaltige Energie. Bekannt ist, dass die EU Kernkraft als nachhaltig eingestuft hat, aber erstaunlicherweise auch Energie aus Gaskraftwerken, obwohl es sich ja auch dort um einen fossilen Rohstoff handelt, vermutlich eine Art „Kuhhandel“ auf der EU-Ebene, um den unterschiedlichen



Interessen der EU-Staaten einigermmaßen gerecht zu werden.

#### Für Kernkraft 4.o

Viele, gerade Ältere, verbinden mit der Kernkraft noch die heftigen Debatten in den 80er Jahren um die Frage der Endlagerung, der Brennelemente, der Strahlungen, die objektiv vorhanden waren und sind. Doch die Welt hat sich weiterentwickelt. Die Technik hat sich weiterentwickelt. Die Kernkraftwerke, die es heute gibt, die im Bau sind oder in der technischen Planung, haben mit den alten Kraftwerken relativ wenig zu tun. So gibt es beispielsweise den sogenannten Thorium-Reaktor, in dem statt Uran Thorium verarbeitet wird, das in der Erdkruste viermal so häufig vorkommt wie Uran. Das Berliner Institut für Festkörper-Kernphysik arbeitet am Dualfluid-Reaktor, der in der Lage ist, abgebrannte Brennelemente zu verwerten. China hat einen Druckwasserreaktor der dritten Generation entwickelt und gebaut. In Jülich wurde der Kugelhaufen-Kernreaktor entwickelt, bei dem eine Kernschmelze physikalisch nicht möglich ist und der heute in China gebaut wird. In Südfrankreich arbeiten 35 Einzelstaaten und die EU am Projekt ITER, bei dem es um Kernfusion geht, so dass eine Kernschmelze nicht möglich ist und ein Endlager nicht nötig.

Unabhängig, wie man zu den einzelnen Modellen steht, Deutschland hat sich aus dieser Forschung staatlicherseits komplett herausgezogen und eine riesengroße Chance vertan. Es wäre mir lieber, wir wären heute in der Lage, deutsche Kernkraftwerke, gleich welcher Art, als Hightech-Land zu exportieren, in anderen Ländern zu bauen statt sie beispielsweise vom russischen Konzern Rosatom bauen zu lassen. Es waren historische Fehler, die dazu geführt haben, dass wir heute so abhängig sind wie wir sind. Noch ist Zeit zur Umkehr,

auch wenn es einige Jahre dauert. Aber wer nicht auch die nächsten Jahrzehnte den Ölmultis, den Erdgasproduzenten die Kassen füllen will, der sollte einerseits, soweit es machbar ist, auf Erneuerbare als einen Teil des gesamten Passes setzen, aber vor allen Dingen auf Kernkraft. Sie ist CO<sub>2</sub>-frei, sie ist jederzeit verfügbar, und sie ist für den Bürger und die Industrie preiswerter als das, was wir derzeit haben, und die Preisspirale ist leider nach oben noch immer nicht beendet.

#### Sonderrolle Deutschlands

Deutschland sollte „Sina ira et studio“, also ohne Schaum vor dem Mund, rational einmal darüber nachdenken, warum fast alle anderen Staaten dieser Welt einen völlig anderen Weg einschlagen als wir, warum wir weltweit wegen unseres Sonderweges und der damit verbundenen ideologischen Ausschließlichkeit belächelt und bemitleidet werden, und ob es nicht sein könnte, dass andere Staaten vielleicht auch ein klein wenig recht haben könnten.



*Hans-Jürgen Irmer, ehem. CDU-Bundestagsabgeordneter aus Lahn-Dill.*

# Wie die Ampel gegen die klassische Familie arbeitet

Sylvia Pantel

Derzeit erleben wir den rasanten Abstieg Deutschlands und eine reale Bedrohung für ein bezahlbares, bürgerliches Leben, das sich so bis vor kurzem in diesem Ausmaß niemand hätte vorstellen können. Aber neben der Deindustrialisierung, der Inflation, der mangelnden Versorgungssicherheit, dem Fachkräftemangel, dem schlechten Bildungssystem, dem Pflegenotstand und dem Krieg in Europa wird nun massiv an der Zerstörung von Ehe und Familie durch das geplante Abstammungsrecht gearbeitet. Dabei ist das, was die Mehrheit der Bevölkerung will, für die Ampel vollkommen unerheblich.

## Zwei Drittel wollen die klassische Familie

Im Mai 2022 hat die größte repräsentative Familienstudie Deutschlands klar ermittelt, dass zwei Drittel der Befragten die klassische Familie, bestehend aus Vater, Mutter und Kindern, für sich anstreben. Der weitaus größere Teil der Bevölkerung ist Befürworter eines eher traditionellen Familienbildes. Die Ampel sollte ihre Arbeit deshalb nicht auf die Zerstörung von Ehe und Familie konzentrieren, sondern für die Verbesserung der Rahmenbedingungen unserer Familien. Sie zerstört das bisherige Familienrecht und relativiert die biologische Elternschaft.

Die Grundlage für die Entstehung eines Kindes ist nach wie vor, dass eine Samenzelle und eine Eizelle für den

menschlichen Nachwuchs verantwortlich sind. Auch wenn neueste Techniken es möglich machen, einzelne Gene, die bei den Kindern Krankheiten hervorrufen würden, auszutauschen und durch Spendergene zu ersetzen, bleibt klar, dass eine Eizelle und eine Samenzelle, also zwei Geschlechter für den menschlichen Nachwuchs erforderlich sind. Da Samen und Eizelle von zwei verschiedenen Menschen stammen, ist damit die Herkunft des Nachwuchses geklärt. Wer bei diesem Nachwuchs die Mutter ist, ist leicht nachzuvollziehen, da die Leihmutter und die Ei- und Embryonenspenden in Deutschland verboten sind.

## Die Ampel will sich von biologischen Tatsachen lösen

In einer Ehe ist derjenige der Vater, der zu dem Zeitpunkt der Geburt mit der Mutter verheiratet war. Bei Zweifeln ist der biologische Vater durch einen Vaterschaftstest ermittelbar. Während die biologische Abstammung bis jetzt die Grundlage der Rechtsvorschriften für die Abstammung war, will die Ampel sich von den biologischen Tatsachen lösen. Nach Paragraph 1589 BGB sind Personen verwandt, die entweder voneinander abstammen oder die beide von derselben Person abstammen.

Die biologischen Eltern sollen nun durch eine „soziale Elternschaft“ ersetzt und durch künstliche Konstruktionen wie die „Mit-Mutterschaft“ oder die „Mit-Elternschaft“ ergänzt werden. Als Alternative zur Ehe und Familie soll es die

sogenannten Verantwortungsgemeinschaften geben. Bei einem gleichgeschlechtlichen Paar soll das Kind eben zwei eingetragene Mütter haben. Diese Zeitenwende ist eine der größten negativen Veränderungen unseres Abstammungsrechts. Die zahlreichen Gender-Professoren an den Universitäten mögen sich viele bunte Dinge ausgedacht haben und wollen nun ihre abstrusen Vorstellungen mit Hilfe der Ampel in die Tat umsetzen, ohne einen Gedanken an die Wünsche einer großen Mehrheit unserer Gesellschaft zu verschwenden. Die Menschen wollen die klassische Familie leben und brauchen Bedingungen, damit sie ihre Kinder unter guten und stabilen Voraussetzungen großziehen können. Die derzeitige Zerstörung der Grundlage unserer Gesellschaft wird wie viele andere Ideologien der Vergangenheit in die Irre führen und die kommende Generation mit nicht abschätzbaren negativen Konsequenzen destabilisieren. Wie lange schauen wir Bürger da aber noch zu? Was passiert gerade mit unserem Gesellschaftsverständnis?



Sylvia Pantel, ehem. CDU-Bundestagsabgeordnete aus Düsseldorf und Sprecherin des Berliner Kreises in der Union

August 2022

Sehr geehrte Freunde christdemokratischer Politik,

wir befinden uns in einer schwierigen Zeit. Nicht nur, dass wir mit dem Kurs der CDU/CSU in den letzten Jahren kaum zufrieden sein konnten, nein, nun wird Deutschland von einer Linkskoalition unter Führung von SPD und Grünen nebst ein paar (pseudo-)liberalen FDP-Zutaten regiert, während in unserer unmittelbaren Nachbarschaft ein brutaler Krieg tobt.

In Berlin werden dennoch ganz konkret die einzelnen Schritte zur „Transformation“ Deutschlands in ein grün-rotes Musterland geplant. Der neue Wirtschaftsminister gibt offen zu, dass dies zu weiteren „Zumutungen“ führen wird. Auf der Liste des Schreckens stehen unter anderem:

- die Deindustrialisierung,
- die immer labilere Energieversorgung bei laufend neuen Preisrekorden,
- die staatlich geförderte bzw. von der EZB bewusst herbeigeführte Inflation,
- die Preisgabe weiterer nationaler Souveränität,
- die noch verstärkte ungesteuerte Zuwanderung,
- die Zerstörung der Familie als Keimzelle unserer freiheitlichen Gesellschaft und
- ein zunehmend restriktives Vorgehen gegen Kritiker der Regierung und des begonnenen gesellschaftlichen Umbaus von oben.

Umso wichtiger ist es gerade jetzt, die ausgelaugte und ideell-programmatisch schwache CDU/CSU wieder auf Kurs zu bringen. Nur dadurch lässt sich eine starke bürgerliche Stimme im Deutschen Bundestag schaffen.

Schon in den zurückliegenden Jahren überzeugte der „Berliner Kreis in der Union“ als Zusammenschluss mutiger, engagierter und eigenständig denkender Abgeordneter wie etwa Wolfgang Bosbach, Klaus-Peter Willsch, Sylvia Pantel, Arnold Vaatz, Hans-Jürgen Irmer und anderer durch seinen Einsatz für konservativ-liberale Inhalte:

- Widerstand gegen den Migrationspakt.
- Keimzelle für die erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen die ungehemmte Schuldenpolitik der Europäischen Zentralbank.
- Ablehnung einer weiteren Entmündigung der Eltern durch eigene Kinderrechte im Grundgesetz.
- Aktuell läuft vor dem Bundesverfassungsgericht eine von unserem Förderverein unterstützte Klage gegen die „EU-Schuldunion“ und den dadurch drohenden Verlust der Haushaltsautonomie des Bundestages.

Leider haben einige Abgeordnete des Berliner Kreises bei der für die Union insgesamt desaströsen Bundestagswahl im allgemeinen Abwärtssog ihr Mandat verloren. Dennoch wollen sich die meisten von ihnen weiter für eine Politikwende einsetzen. Eine Politikwende, zu der auch gehört, dass die Unionsparteien wieder zu ihren Grundsatzprogrammen zurückkehren.

Der Verein zur Förderung der Arbeit des Berliner Kreises e.V. unterstützt den Berliner Kreis schon seit langem. Noch nie aber war diese Zusammenarbeit so wichtig wie heute:

---

Verein zur Förderung der Arbeit des Berliner Kreises e. V.

Friedrichstr. 20

68723 Plankstadt

Vorsitzender: Alexander Mitsch

Stv. Vorsitzender: Josef Kraus

Vereinsregister: Amtsgericht Marburg VR 5040

Kontoverbindung: IBAN DE05 6001 0070 0974 5897 00 (Postbank, BIC PBNKDEFF)

Internet:

<http://berliner-kreis.info/>

E-Mail

[foerderverein@berliner-kreis.info](mailto:foerderverein@berliner-kreis.info)

Schatzmeister: Dr. Ulrich Link

Mit der neuen CDU-Parteiführung unter Friedrich Merz besteht erstmals seit Jahren die Chance auf einen grundlegenden Politikwechsel in den Unionsparteien. Die Vertreter der bisherigen Parteilinie haben jedoch – wie erwartet – nicht aufgegeben. Daher brauchen wir gerade jetzt einen starken, einen handlungsfähigen Berliner Kreis, der durchzusetzen in der Lage ist, dass konservative und wirtschaftsliberale Positionen wieder zum Kern der Union gehören.

Deshalb möchten wir unsere so wichtige Arbeit nun auf eine noch breitere Basis stellen. Dazu brauchen wir dringend Ihre Unterstützung, dazu brauchen wir auch Geld. Neben einmaligen Spenden ist es ab sofort auch möglich, unserem Verein als Fördermitglied beizutreten. Als solches werden Sie regelmäßig über wichtige Themen der Bundespolitik informiert und haben auch die Gelegenheit, an Veranstaltungen mit Vertretern des Berliner Kreises teilzunehmen. Der Beitrag für die **"Fördermitgliedschaft"** beträgt jährlich mindestens EUR 50,00.

Zu den Veranstaltungen, deren Aufzeichnung Ihnen auf dem Youtube-Kanal des Berliner Kreises zugänglich ist, zählen die Konferenz zur Frage der Energiesicherheit in unserem Land vom April 2022, einem buchstäblich brennenden politischen Thema unserer Zeit oder die Zwischenbilanz „Sechs Monate Friedrich Merz“ vom Juli 2022: <https://www.youtube.com/channel/UCnaUCfMpvLGpgGwNCWrNR0w>.

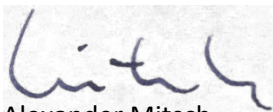
Bitte helfen Sie uns, unsere Anliegen voranzubringen!

Außerdem haben wir ein rechtliches Verfahren gegen „Fridays for Future“ unterstützt. Dabei ging es darum, die Strukturen in diesem undurchsichtigen Netzwerk endlich transparent zu machen und offenzulegen, wer für die sozialistisch motivierten Kampagnen verantwortlich ist.

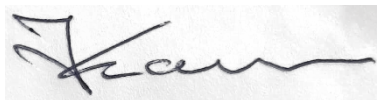
Je mehr Unterstützer wir haben, umso mehr können wir bewegen!

Wir freuen uns, wenn Sie sich tatkräftig einbringen möchten. Wir brauchen ein breites Netzwerk! Haben Sie Fragen oder Anregungen? Schreiben Sie uns an [foerderverein@berliner-kreis.info](mailto:foerderverein@berliner-kreis.info), wenn auch Sie sich mit unseren Zielen identifizieren. Wir freuen uns über Ihre Unterstützung und werden Sie zukünftig zeitnah und direkt kontaktieren.

Ihr Verein zur Förderung der Arbeit des Berliner Kreises



Alexander Mitsch  
Vorsitzender



Josef Kraus  
Stv. Vorsitzender



Dr. Ulrich Link  
Schatzmeister

PS: Helfen Sie mit Ihrem Mitgliedsbeitrag oder Ihrer Spende beim Wiederaufbau unseres Landes! (momentan steuerlich nicht absetzbar)



## Antrag zur Aufnahme als Fördermitglied

Bitte ausdrucken und

- eingescannt per E-Mail an [foerderverein@berliner-kreis.info](mailto:foerderverein@berliner-kreis.info) oder
- per Post an Verein zur Förderung der Arbeit des Berliner Kreises e. V.  
Friedrichstr. 20  
68723 Plankstadt

senden.

Anrede	Titel	Vorname	Nachname

Straße	Nr.

PLZ	Ort

Geburtsdatum	E-Mail

Telefon	Mobil

Mitgliedsbeitrag	<input type="checkbox"/>	Ich bezahle den Mindest-Jahresbeitrag (EUR 50,00)		
	<input type="checkbox"/>	Ich bezahle einen erhöhten Jahresbeitrag in Höhe von EUR	_____,00	

Ort	Datum	Unterschrift

<p>Ich ermächtige den Verein zur Förderung der Arbeit des Berliner Kreises e. V., die Beiträge von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verein auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.</p> <p>Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.</p>		
Kontoinhaber und Anschrift (falls vom Auftraggeber abweichend)		
Kreditinstitut, BIC	_____	
IBAN	DE _____	

Ort	Datum	Unterschrift

## DARUM HABEN WIR DEN BERLINER KREIS IN DER UNION GEGRÜNDET

Wir leben in einer Zeit großer Veränderungen und gesellschaftlicher Umbrüche. Die Menschen erwarten von der Politik klare Antworten, Orientierung und Führung. Konturlosigkeit und Relativismus gibt es genug. Wenn wir als Union eine starke politische Kraft bleiben wollen, darf nicht der Zeitgeist unser Handeln bestimmen. Wir müssen uns wieder auf unsere Grundüberzeugungen besinnen. Es ist unsere Aufgabe, den Menschen zu verdeutlichen, dass die kulturellen Errungenschaften und das christliche Wertefundament unabhängig von „konjunkturellen“ Schwankungen und gesellschaftlichen Trends Geltung behalten und Richtschnur bleiben müssen. Unser Anliegen ist es, dass unsere Überzeugungen nicht verblasen.

Wir wollen einen Beitrag zur Selbstvergewisserung und Bestimmung wertkonservativer Überzeugungen in der Moderne leisten. Deshalb organisieren wir uns als Berliner Kreis in der Union. Der Berliner Kreis hat sich zunächst als Gesprächs-zirkel aus Mandatsträgern der Unionsparteien auf Bundes- und Landesebene etabliert. Er versteht sich als eine offene Diskussionsrunde innerhalb der Union. Ziel ist es, dass die konservativen, die christlich-sozialen und die liberalen Wurzeln der Unionsparteien besser als bisher erkennbar und im politischen Alltag umgesetzt werden. Eine Welle von Rückmeldungen in der Gründungsphase des Berliner Kreises zeigen, dass die Union nicht zuletzt im Bild ihrer Stammwähler als zu beliebig und zu wenig unterscheidbar von der politischen Konkurrenz wahrgenommen wird.

Wir laden deshalb alle Bürgerinnen und Bürger, die sich den Grundüberzeugungen der Union verpflichtet fühlen und an einem klaren Profil unserer Parteien interessiert sind, herzlich ein, sich in der Union zu engagieren. Die Union hat sich seit ihrer Gründung immer wieder erneuert, gesellschaftliche Entwicklungen aufgenommen und gestaltet. Dies findet unter anderem seinen Niederschlag in den regelmäßig fortgeschriebenen Grundsatzprogrammen. Eine sichere Zukunft in Freiheit, Wohlstand und gesellschaftlichem Zusammenhalt sind die dauerhaften Ziele der Union. Das bedeutet für uns aber auch, das Neue nur dann an die Stelle des Alten zu setzen, wenn es besser ist als das Bestehende: „Neu“ allein heißt nicht zwingend „besser“. Wir wollen nicht die Grundsätze aus dem Auge verlieren, die sich bewährt haben und uns Menschen vorgegeben sind. Die Union muss die große Volkspartei der Mitte bleiben. Wertkonservative, christlich-soziale und

wirtschaftsliberale Wähler müssen gerade in der Union ihre Heimat sehen. Es kann uns nicht gleichgültig lassen, dass die größte „Partei“ inzwischen die Gruppe der Nichtwähler ist. Wir wollen unterschiedliche Standpunkte durch gemeinsame Werte und Ziele verbinden.

Unterschiede in den Meinungen und Interessen müssen offen und in gegenseitiger Achtung und Toleranz ausgetragen werden. Der Berliner Kreis versteht sich als Initiator einer Debatte, die Ideen und Zielvorstellungen entwickelt, wie wir im 21. Jahrhundert leben wollen. Dabei lassen wir uns von dem Gedanken leiten, dass der Mensch im Mittelpunkt unseres Handelns steht. Der Einzelne hat genauso einen Anspruch auf größtmögliche Freiheit zur Entfaltung eigener Talente, wie er die Gewissheit haben muss, dass im Notfall die Gemeinschaft für ihn da ist. Innerhalb eines Ordnungsrahmens, den der Staat zu setzen hat, finden Bürgerinnen und Bürger Freiraum, um sich in der Verantwortung für das Gemeinwesen zu entfalten und in Freiheit am Markt zu agieren. Um dies zu erreichen, muss die Union in zukünftigen Wahlen selbstbewusst zu ihren Werten stehen, ihre eigenen Anhänger mobilisieren und die Unterschiede zu anderen Parteien deutlich machen. Eine „asymmetrische Wählerdemobilisierung“ führt nicht zum Ziel. Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit in allen Grundsatzfragen sind der Schlüssel zum Erfolg. Als Berliner Kreis wollen wir unmissverständlich sagen, wofür die Union steht und was mit der Union nicht zu machen ist. Wir rufen alle, die ein klares Profil der Union wünschen, dazu auf, sich zu beteiligen. <http://berliner-kreis.info/>

Verantwortlicher gemäß § 5 TMG:  
Berliner Kreis in der Union e. V.  
vertreten durch  
Sylvia Pantel;  
Platz der Republik 1; 11011 Berlin und  
Dr. Christean Wagner

Sie wünschen  
regelmäßige  
Informationen?  
Schreiben Sie eine Mail  
an: [kontakt@berliner-kreis.info](mailto:kontakt@berliner-kreis.info)



Alexander Mitsch, Vorsitzender des Fördervereins des Berliner Kreis in der Union



Sylvia Pantel, Co-Sprecherin des Berliner Kreises



Klaus-Peter Willsch MdB, Co-Sprecher des Berliner Kreises





**Vorsitzender des Fördervereins: Alexander Mitsch**

**Sprecher: Sylvia Pantel, Klaus-Peter Willsch MdB**

**Email: [kontakt@berliner-kreis.info](mailto:kontakt@berliner-kreis.info)**